

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 17. Oktober 2022; Bericht

Am 17. Oktober 2022 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine sowie China.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell, Iran, Libanon, die VN-Klimakonferenz COP27, Burkina Faso, Global Gateway, Äthiopien, Bosnien und Herzegowina, das *Memorandum of Understanding* zwischen Libyen und der Türkei zu Kohlenwasserstoff sowie die Lecks an den Gas-Pipelines Nord Stream I und Nord Stream II angesprochen. Zum Iran habe ich die klare Sanktionierung Verantwortlicher für Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den Protesten begrüßt und Unterstützung für eine rasche Verhängung von EU-Sanktionen wegen des Einsatzes iranischer Drohnen in der Ukraine geäußert. In der Diskussion zu Bosnien und Herzegowina habe ich die klare Empfehlung der Europäischen Kommission, Bosnien und Herzegowina den EU-Kandidatenstatus zu verleihen, als längst überfälligen Schritte unterstützt. Die EU müsse mehr denn je darauf achten, den Westbalkan enger an sich zu binden, um das Feld nicht anderen zu überlassen. Der Erweiterungsprozess sei hierbei das stärkste geopolitische Instrument, das der EU zur Verfügung stehe. In diesem Zusammenhang habe ich auch die Notwendigkeit der vollen Unterstützung für die Verlängerung des VN-Sicherheitsratsmandats für EU-Mission EUFOR Althea betont.

Bei der Diskussion zum Tagesordnungspunkt Russlands Aggression gegen die Ukraine verwies HV/VP Josep Borrell auf die Einrichtung einer militärischen Unterstützungsmission für die Ukraine (EUMAM) sowie die Annahme einer sechsten Tranche iRd Europäischen Friedensfazilität (EFF) in Höhe von 500 Millionen Euro. Da der Krieg für Russland noch teurer werden müsse, müssten die Arbeiten an Sanktionen fortgesetzt werden und auch

Belarus miteinschließen. HV/VP Borrell begrüßte das gute Ergebnis bei der Abstimmung über die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu den illegalen russischen Scheinreferenden am 12. Oktober, bedauerte jedoch gleichzeitig die zahlreichen Enthaltungen, insbesondere vom globalen Süden. In der Diskussion sprachen sich zahlreiche EU-Mitgliedstaaten für eine weitere Verschärfung der EU-Sanktionen gegen Russland und den Beginn der Arbeiten an einem neunten Paket aus.

Beim Tagesordnungspunkt China betonte HV/VP Josep Borrell die weitere Gültigkeit des dreigliedrigen EU-Ansatzes (China als „Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale“), wobei aber die Aspekte Wettbewerb und systemische Rivalität im Hinblick auf die absehbare Kontinuität der ideologisch motivierten Außenpolitik Chinas zunehmen würden. Die EU müsse angesichts der Bedeutung Chinas als Großmacht und unumgänglicher Partner bei der Lösung globaler Probleme weiter mit China zusammenarbeiten und den Dialog fortsetzen. Auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit stehe man in Konkurrenz zu China, die EU müsse ihr Angebot für die Staaten des globalen Südens attraktiver gestalten.

Unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges verwies Irland auf die hochrangige Konferenz gegen den Einsatz von Explosivwaffen in besiedelten Gebieten (EWIPA) am 18. November in Dublin und die geplante Indossierung der politischen Erklärung zum Schutz der Zivilbevölkerung vor den Wirkungen von Explosivwaffen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

16. Dezember 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister